

Macht- oder Sachgeschichten?

Ein Kommentar zur aktuellen Asyldebatte

Fast zwei Wochen ist er nun öffentlich, der sogenannte Masterplan des Innenministers Seehofer zur Asylpolitik Deutschlands. Und die darum entbrannte Debatte geht weiter. Ursprünglich drehte sie sich lediglich um einen der insgesamt 63 Punkte des Plans: Transitzentren - ja oder nein? Der darum entbrannte Unionsstreit erfuhr wochenlang öffentliche Aufmerksamkeit erfahren und auch nach der scheinbaren Einigung innerhalb der Union und mit der SPD ist das Thema nach wie vor ein Dauerbrenner. Immer mehr gewinnt man den Eindruck, dass Kern der Auseinandersetzung wohl eher Macht- und keine Sachfragen sind. Denn unabhängig davon, was man von den widerstreitenden Positionen halten mag, steht im Zentrum der Aufmerksamkeit gar nicht die Zuwanderung selbst, sondern die Frage, wer sich am Ende mit seinen politischen Forderungen durchsetzen wird.

Inhalt der mühsam ausgehandelten Vereinbarung ist der Umgang mit Flüchtlingen, die bereits in einem anderen EU-Land einen Asylantrag gestellt haben. Sie sollen an der Grenze zu Deutschland innerhalb von 48 Stunden überprüft und ggf. in das nach dem Dublin-Verfahren für sie zuständige EU-Land gebracht werden. Statt eigens dafür eingerichteter Transitzentren, deren Rechtmäßigkeit von vielen Seiten angezweifelt wurde, hat man sich regierungsintern auf ein *Transitverfahren* geeinigt, für das vorhandene Räumlichkeiten der Bundespolizei genutzt werden sollen. Seehofer aber spricht weiterhin von Transitzentren und hält seine Gegner in Atem.

Die hohe mediale Aufmerksamkeit, die dieser Asylstreit erfährt, begründet sich allenfalls mit den damit verbundenen Machtfragen, nicht aber inhaltlich. Es fielen große Begriffe wie das Einrichten eines „Grenzregimes“ oder eine „Zurückweisung auf Grundlage einer Fiktion der Nichteinreise“. Doch im Grunde fehlt es der Auseinandersetzung auf vielen Ebenen an Verhältnismäßigkeit – denn wie SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil anmerkt, betrifft die Transitregelung im Durchschnitt fünf Menschen am Tag.

Anstatt mit ähnlichem Durchhaltevermögen über die wirklich drängenden Fragen der Integrationspolitik zu debattieren, werden die Themen Migration und Asyl gedanklich immer wieder an die Grenzen der Republik verlagert, auf Zahlen reduziert und dabei in einer Art und Weise verhandelt, die in ihrem kühlen Management-Stil sprachlich und emotional von den Menschen entkoppelt ist, um die es eigentlich gehen sollte. Dabei sind die Flüchtlingszahlen längst nicht mehr die zentrale Herausforderung (nach wie vor sind die Zahlen für Asyl-Erstanträge rückläufig). Es muss vielmehr darüber gestritten werden, wie diejenigen, die bereits bei uns leben, in unserer Gesellschaft Fuß fassen können. Hierfür braucht es dringend ein umfassendes Integrationskonzept, das über bekannte (und nach wie vor brennende) Fragen der strukturellen Integration (z.B. Unterbringung, Sprachvermittlung und Eingliederung in den Arbeitsmarkt) hinausgeht.

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

sowie durch:



im Rahmen von:



Die kulturelle Integration von Flüchtlingen kommt in der Migrationsdebatte regelmäßig zu kurz und beschränkt sich in der Auseinandersetzung meist auf emotionalisiert geführte und generalisierende Debatten. Insbesondere einzelne Vorfälle, bei denen Flüchtlinge frauenfeindliche, ethnisch-religiös oder kulturell motivierte und nicht zuletzt antisemitische Anfeindungen und Straftaten von Flüchtlingen ausgehen, sorgen in unregelmäßigen Abständen für öffentliche Empörung. Allerdings ist das Thema selbst dann nicht mehr Inhalt der Debatten, sondern Anlass für fremdenfeindliche Hetze von der einen Seite und Stimmen, die die Debatte als rassistisch kritisieren, von der anderen Seite. Positionen, die versuchen, Probleme im Kontext von Flucht und Integration konkret zu benennen und konstruktiv und kontinuierlich zu thematisieren, werden kaum gehört und eine politische Auseinandersetzung mit der Frage, wie Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als Thema Eingang in ein umfassendes Gesamtkonzept für die kulturelle Integration von Flüchtlingen finden kann, findet kaum statt.

Die aktuelle Asyldebatte, nun frisch gespeist durch die Verwirrungen um die Abschiebung des Gefährders Sami A., überlagert Sachthemen und lässt den Weitblick missen. Sie beschränkt sich auf Zuwanderungsbegrenzung und politische Machtfragen. Ansätze wie das Projekt KeEzrach des JFDA, das bei Flüchtlingen durch niedrigschwellige Bildungsformate das Verständnis für die Werte der freiheitlichen Demokratie bei Flüchtlingen stärkt und ihnen so eine Orientierungshilfe beim Ankommen innerhalb der Gesellschaft bietet, stehen nach wie vor allein auf weiter Flur. Dabei zeigen die bisherigen Erfahrungen im Projekt, dass junge Flüchtlinge durchaus Fragen an die Gesellschaft haben, die über rein strukturelle und finanzielle Themen hinausgehen. Das Interesse, über diese Fragen auf Augenhöhe zu sprechen und so ein gesamtgesellschaftliches Verständnis für Werte wie Gleichberechtigung, Religionsfreiheit oder sexuelle Selbstbestimmung zu entwickeln, ist vorhanden. Auf dieser Grundlage stellt das Projekt KeEzrach einen vielversprechenden Ansatz dar, indem es mit niedrigschwelligen Konzepten der Werteverständigung an die Lebenswelt der jungen Flüchtlinge anknüpft. Modellprojekte können Wege aufzeigen, sie müssen dann aber entsprechend politisch aufgegriffen und weiterentwickelt werden.

Anstatt Grenzpolitik aus strategischen Gründen zum Hauptthema der Auseinandersetzung um Flucht und Migration zu stilisieren, sollte sich die öffentliche Debatte darum drehen, wie ein umfassendes Integrationskonzept aussehen könnte. Erste Praxiserfahrungen aus Projekten wie KeEzrach können hierfür Anhaltspunkte bieten, müssen aber unterstützt und gefördert werden. Denn Herausforderungen, die sich durch Flucht und Migration für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft entwickeln, bleiben nicht an der Grenze zu Deutschland stehen.

Hg. u. Vi.S.d.P. Frida Süsskind / Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. (JFDA)

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar.

Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/die Autorinnen die Verantwortung.

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

sowie durch:



im Rahmen von:

